

Hans-Olaf Henkel
und
die CDU-Mittelstandsvereinigung
Sind seine „klaren Worte“ wirklich klar?

Gedanken aufgrund eines Vortrages über die Staatsverschuldung
am 4. November 2010 in Neustadt a. Rbge.

Von
Tristan Abromeit
November 2010

86.3.2

Ist der Streik ökonomisch sinnvoll
und rechtlich unbedenklich?

Ein Streit per Leserbriefe aus dem Jahr 1986

Mit aktuellen Anmerkungen

Es ist eine Dokumentation über die Schwierigkeit, sich
über Probleme der Sozialökonomie zu verständigen

Das Stichwort war damals:

„Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes“

Hinweise auf die Texte:

- > **Ist der Tarifvertrag ein geeignetes Instrument, die DAG-Gegenwartsforderungen
- Sicherheit, Fortschritt und Gerechtigkeit – durchzusetzen?** < (März 1970)
(enthalten in der Dokumentation 10 zum Offenen Brief vom 1. Mai 2001 / Agenda
Niedersachsen 2001 / zweiter Teil / Text Nr. 19.1.10
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/OB%20Lt.%20Doku%2010.pdf>

**Stellungnahme dazu von Jürgen Haker – DAG Bundesberufsgruppe Banken
und Sparkassen vom 22. 6. 1970** befindet sich in dem Text >Die GRÜNEN vom
Hoffnungsträger zum Totengräber < vom Mai 2003, Text Nr. 28, ab Seite 56
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/MdB%20Gruene.pdf>

„Der leidige Streit um den heiklen Paragraphen 116“ HAZ vom 24.1.86
Siehe Text Nr. 86.3.1.1

Das Problem mit den Arbeitnehmervertretungen (TA November 2010)

Daß Arbeitnehmer einzeln, als Gruppe oder als Gesamtheit ihre Interessen vertreten dürfen und sollen, ist für mich genauso selbstverständlich, wie die Vertretung anderer Interessen durch Unternehmer (Arbeitgeber ¹) und ihre Zusammenschlüsse. Diese Bejahung kann aber nicht bedeuten, daß ich oder andere Beobachter die Probleme, die mit einer Interessenvertretung verbunden sind oder sein können, übersehen oder ignorieren oder im Bemühen um Anbiederung bagatellisieren.

Das erste Problem liegt schon darin begründet, daß Organisationen, die mit dem Ziel der Bewahrung, Durchsetzung oder Ausbreitung von irgendwelchen Inhalten gegründet werden, in der Regel schon nach kurzer Zeit eine vom Gründungsziel unabhängige Existenz führen. Das Ziel wird in den ideologischen Überbau abgelegt und die Organisation, die eigentlich ein Zweckmittel zur Zielerreichung sein sollte, wird zum Selbstzweck: Ihre Erhaltung, Festigung und Ausweitung wird zum Ziel. Das ist doch sogar bei den Kirchen zu beobachten. Christen, die meinen, man müsse doch Jesus wieder in das Zentrum kirchlichen Denkens und Handelns stellen – solche Stimmen sind ja immer wieder hörbar – stehen doch auf verlorenem Posten. Und Theologen, die auf ihren Gott bauen und meinen, die Kirchensteuer sei doch mit den Inhalten ihres Glaubens nicht vereinbar, werden von den Kassierern darauf hingewiesen, daß sie mit solchen Gedanken ihr Einkommen und ihre Pension gefährden würden.

Dieser Zwiespalt ist auch bei den Gewerkschaften zu beobachten, deren ursprüngliches Leitbild ja stark vom Marxismus geprägt war, die sich nur mühsam marktwirtschaftliches Denken genähert und dabei unbesehen dem Kapitalismus gebeugt haben. Und Kapitalismus bedeutet noch immer den Vorrang der Rendite vor dem Arbeitsertrag.²

So wie die Sozialpolitiker ihre Existenzberechtigung von Hilfsbedürftigen, denen geholfen werden muß, ableiten – und daher keine Politik machen können, die diese Gruppe zusammenschmelzen läßt - so leiten die Gewerkschafter von der oft miserablen Lage der unselbständig Beschäftigten ab, daß sie die Krücke liefern, mit der diese Menschen wieder gehen können. Wenn die hauptberuflichen Gewerkschafter sich wirklich für die Arbeitnehmer einsetzen würden, dann sprächen sie sich für die Indexbindung der Löhne und Gehälter aus. Denn jeder Prozentsatz Inflation pro Jahr bedeutet eine Lohnkürzung mit dem gleichen Prozentsatz. Um die Angleichung dieser Lohnkürzung an den ursprünglich vereinbarten Lohn handelt es sich rechtlich und wirtschaftlich gesehen um eine Selbstverständlichkeit, für die es keine Verhand-

1 Die Begriffe Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind eine sprachliche Verirrung, denn der Arbeitnehmer gibt Arbeit (Leistung) und nimmt Lohn, der Arbeitgeber nimmt Arbeit (Leistung) und gibt dafür einen Lohn.

2 Der Arbeitsertrag steht aber auch dem Unternehmer zu, der manchmal auch wie der Arbeitnehmer die Rolle des Kapitalisten innehat.

lungen und schon gar keinen Streik geben müßte. Aber bei einer Indexbindung – oder gar bei einem stabilen Preisniveau – könnten die Gewerkschaften sich nicht immer wieder in Szene setzen. Sie verfolgen diese Idee nicht, weil sie befürchten, daß die Mitgliederwerbung und -bindung dadurch geschwächt würde. Das von mir vertretene Modell sieht vor, daß die Unternehmen - besonders die Aktiengesellschaften – jenen in der Hauptsache gehören, die die Werte dieser Unternehmen schaffen, nämlich den Unternehmern und den Arbeitnehmern als Mitunternehmer, und nicht jenen, die mit Spekulationen³ an der Börse ihren Reibach machen. Aber gewerkschaftliches Denken besagt, daß Arbeitnehmer kein Risiko an Unternehmen tragen können. Hinter dieser Haltung steht die Sorge, daß Unternehmensbeteiligungen der Arbeitnehmer an ihre Betriebe zur Folge haben, daß sich diese dadurch der Bemutterung durch die Gewerkschaften entziehen könnten. Auch kommt hier die Sorge zum Ausdruck, daß in Unternehmen mit Mitarbeiterbeteiligung die externe Mitarbeitervertretung in jenen Unternehmen, in denen die Mitbestimmungsgesetze zur Anwendung kommen, nicht mehr ohne weiteres akzeptiert würde.

Wenn Monopole und Kartelle auf der Arbeitgeberseite ein ökonomisches Problem sind, dann sind Monopole oder Oligopole auf der Arbeitnehmerseite selbstverständlich auch ein Problem. Daß das Gegenmachtmodell in den über hundert Jahren – wo es propagiert und seine Anwendung probiert wurde – keinen wesentlichen Erfolg gebracht hat, ist doch an Hand der geschichtlichen Daten zur Lage der Arbeitnehmer festzustellen. Die Arbeitsbedingungen waren dann am besten und die Löhne dann am höchsten, nicht wenn die Gewerkschaften stark, sondern die Konjunktur eine Vollbeschäftigung ermöglichte. Ich sage ja nicht, daß die Gewerkschafter nicht gekämpft und sich abgerackert haben, aber solch einen Nachweis kann fast jede länger bestehende Organisation nachweisen. Als Marschrichtung müßte angegeben werden, nicht die Stärkung einer Gegenmacht, sondern die Auflösung aller Monopole, so daß sich der Interessensausgleich auf gleicher Augenhöhe und in der kleinsten Einheit vollziehen kann. Die Empörung in den weiter hinten dokumentierten Leserbriefen wurde ja durch folgende Aussage von mir ausgelöst:

Der Streik und die Aussperrung sind bei Licht besehen Instrumente des kalten Bürgerkrieges, die weder ökonomische und soziale Probleme lösen, noch eine Gesellschaft befrieden können.

Klaus Soltmann wirft mir in seinem Leserbrief vom Januar 1986 vor, ich hätte diese Aussage ohne Kenntnis des Grundgesetzes geschrieben. Die rechtlichen Aspekte von Aussperrung und

3 Ich betrachte die Spekulation nicht als grundsätzlich negativ, es kommt auf das Ausmaß und die Bedingungen an.

Streik bedürften einer ausführlichen Erörterung, die hier nicht geleistet werden kann. Aber vermutlich habe ich mich in 1986 auch mit einem Blick in die mir damals vorliegende Ausgabe der Verfassung (Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland / Vorläufige Niedersächsische Verfassung, Februar 1958) abgesichert. Damals kam das Wort Streik in dem Verfassungsartikel nicht vor. Jetzt aktuell habe ich im Netz folgende Aussage gefunden:

Der Streik ist ein Grundrecht (Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz) und das rechtmäßige Mittel zur Durchsetzung der Tarifforderung (Bundesarbeitsgericht vom 12. September 1984 – 1 AZR 342/83). Dies gilt für Warnstreiks genauso wie für den Vollstreik.

<http://www.verdi-bayern-fb09.de/aktuelles/arbeitskampf.htm>

Nun wäre zu klären, wie viele Änderungen es in Bezug auf den Artikel 9 GG gegeben hat und ob die Interpretation eines Verfassungsartikels durch ein Arbeitsgericht einen Verfassungsrang hat. Diese Klärung kann ich – wie gesagt – hier nicht leisten. Nur soviel: Eine Verfassung ist ein Vertrag der Mitglieder einer Gesellschaft über die übergeordneten Rechtsbeziehungen und die Aufgabe und das Verhältnis jener Institutionen zueinander, die einen Verfassungsrang haben sollen. In einem solchen Vertrag kann auch etwas Falsches stehen oder etwas stehen, was ergänzungsbedürftig ist. Die vielen Verfassungsänderungen beweisen die Richtigkeit dieser Aussage. Das Übel der bisherigen Verfassungsänderungen besteht darin, daß sie nicht vom Volk als Verfassungsgeber vorgenommen wurden, sondern von einem Verfassungsorgan, für das die Verfassung der rechtliche Rahmen seines Handelns ist.

Problematisch bleibt es in jedem Fall, wenn bei einem Streik Rechte Dritter betroffen werden, die mit der Auseinandersetzung der Vertragsparteien nichts zu tun haben. Wenn man den Streik rechtlich sanktioniert, dann muß man logischerweise auch die Schadensersatzforderungen der Streikgeschädigten von dritter Seite sanktionieren.

Aber mir geht es hier ja vorrangig um die Ökonomie. Wenn mit dem Streik (auch mit dem vereinigten Streik aller Arbeitnehmer) die Kapitalertragsquote tatsächlich zu Gunsten der Arbeitsertragsquote drücken könnte, würde es ja noch Sinn machen, die rechtlichen Aspekte des Streiks in Fußnoten zu behandeln. Ein wirtschaftlicher Generalstreik könnte aber nur bewirken, daß zahlreiche Unternehmen in den Konkurs gehen, die Arbeitsmöglichkeiten für die Arbeitnehmer sich dadurch verringern und ihre Löhne dadurch unter Druck kämen und in Folge ihr Einkommen sinken würde. Bei partiellen oder Streiks nach Branchen, können wesentliche Lohnerhöhungen unter den jetzigen Bedingungen nicht auf Kosten des Kapitaleinkommens, sondern nur zu Lasten anderer Arbeitnehmer – die schwächer im Arbeitsmarkt aufgestellt sind

- durchgesetzt werden. Es ist also ökonomisch unvernünftig, ein Instrument zur Interessenvertretung einzusetzen, das die Anwender oder eine Teilgruppe der Anwender schädigt.

In der noch immer angewendeten Gewerkschaftsstrategie zeigt sich auch die Prägung falscher Analysen. Der Marxismus (aber nicht durchgängig Marx) ging davon aus, daß das Eigentum an Produktionsmitteln die Ursache für die Ausbeutung ist. Die Logik daraus wäre eigentlich, daß mit jedem neuen Unternehmen, mit jeder Sachinvestition sich die Ausbeutungsrate erhöhen müßte. Dabei dürfte es auch für ideologisch Verbohrte möglich sein zu beobachten, daß jede neue Wohnung Druck auf den Mietpreis der bestehenden Wohnungen ausübt. Gleiches gilt für jedes produzierende Unternehmen. J.P. Proudhon hat zwar das Schlagwort „Eigentum ist Diebstahl“ geprägt, aber er meinte damit das Zins erpressende Eigentum, ansonsten war er einer der frühen Ökonomen und Sozialkritiker, die darauf aufmerksam machten, daß die ökonomischen Störungen mit Arbeitslosigkeit und Verarmung nicht im Eigentum an Produktionsmitteln begründet sind, sondern in der Zirkulationssphäre der Ökonomie. Wenn den Gewerkschaften wirklich an dem Wohl ihrer Mitglieder gelegen wäre, dann würden sie ja wenigstens untersuchen, ob an dieser Aussage etwas dran ist. In ihrer Traditionsbefangenheit sind die Gewerkschaften eher eine Belastung als eine Hilfe für die Arbeitnehmer. Ich habe vor Jahren geschrieben, wer mit den Gewerkschaften zu neuen Ufern gelangen will, muß ihren hauptamtlichen Mitarbeitern erst einmal ihre Existenzangst nehmen, in dem ihnen neue und bessere Arbeitsfelder erschlossen werden, von der Arbeitsvermittlung über Karriereberatung, Versicherungen bis hin zu Berufsbildungsmaßnahmen.

Zu den nachfolgenden Leserbriefen

Die Neustädter Zeitung ist ein Anzeigenblatt, das in einer Auflage (heute) von rund 23.000 Exemplaren erscheint und an alle Haushalte unentgeltlich verteilt wird. Die NZ ist bei der Veröffentlichung von Leserbriefen großzügig. In meinem abschließenden Leserbrief habe ich eingeräumt, daß das Thema den Rahmen der Verständigung mittels Leserbriefe sprengen würde. Ich hatte eine Broschüre angekündigt, die dann über den örtlichen Buchhandel zu beziehen wäre. Dafür, daß daraus nichts geworden ist, sind viele Gründe denkbar. Ich habe aber – wie ich neulich feststellte – noch den Anfang des Vorhabens realisiert. Das Skript habe ich abgeschrieben, damit ich den Text in die Dokumentation einreihen kann. (TA im November 2010)

Diese Seite bleibt reserviert
für den Ausgangsleserbrief von Alois Bahne,
der in meinen Unterlagen und in dem Archiv der Neustädter Zeitung nicht aufzufinden ist.
Ich war gestern bei Herrn Bahne, der will in seinen Unterlagen suchen. Krankheitsbedingt
kann das dauern.

Ich füge den Text ein, wenn er sich noch einfindet.

Der zeitgeschichtliche Hintergrund wird deutlich aus dem Bericht der HAZ vom 24. Januar
1986 mit dem Titel „Plötzlich saß der listige Norbert Blüm in der Falle – Der leidige Streit um
den heiklen Paragraphen 116.

Ich füge den Bericht dem Dokumententeil 86.3.1.1 ein.

Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes

Anmerkungen zum Leserbrief von Alois Bahne (SPD-Neustadt) in der Ausgabe Nr.633 der Neustädter Zeitung und Werbebeilage der IG Metall zum gleichen Thema in der Ausgabe 634.

Ich möchte hier nicht darauf eingehen, ob dem Pro der Bundesregierung zur Änderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes oder dem Kontra der Gewerkschaften zuzustimmen ist.

Für soziale Gerechtigkeit streiten ist eine gute Sache. Ich nehme für mich in Anspruch dieses auch mit Ausdauer zu tun. Nur, wenn der langfristige Erfolg nicht ausbleiben soll, müssen die Argumente und die Instrumente stimmen. Die SPD bekämpft den Kapitalismus (den auch CDU-Wähler meistens nicht von der Marktwirtschaft unterscheiden können) schon über 100 Jahre ohne grundlegende Ergebnisse, weil ihre jeweils angewandte Kapitalismusanalyse nicht stimmte oder weil sie gar keine hat wie zur Zeit. Wenn man bedenkt, wie viel Hoffnung dabei enttäuscht und wie viel aufopfernde Arbeit dabei verschlissen wird, ist dieses kein Grund für politische Häme, sondern für Traurigkeit. Die Situation bei den Gewerkschaften ist ähnlich. Nur können die Gewerkschaften ihre Mißerfolge nicht wie die SPD durch andere Aktivitäten verdecken. Sie müssen, damit die Mitglieder nicht weglauen, Erfolge vorzeigen. Wie im Märchen von des Kaisers neuen Kleidern nicht vorhandene Kleider als Kleider ausgegeben werden, so benennen Gewerkschaften Nicht-Erfolge als Erfolge. Ich habe damit nicht gesagt, daß Gewerkschaftler nicht für die Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder gerungen und gekämpft haben. Ich sage nur, daß in einer kapitalistisch geprägten Marktwirtschaft die Gewerkschaften nur das erringen können, was der Markt auch ohne Streik hergeben würde. Ich habe mich bereits im März 1970 auf Veranlassung eines DAG-Kollegen mit folgender Frage befaßt: >Ist der Tarifvertrag ein geeignetes Instrument die DAG-Gegenwartsforderungen - Sicherheit, Fortschritt und Gerechtigkeit durchzusetzen? < Ich kam damals schon zu dem Schluß, daß der Tarifvertrag das nicht leisten kann. Ich habe damals betre-

tenes Schweigen geerntet. Der Ablauf der wirtschaftlichen Geschehnisse (Arbeitslosigkeit, Konkurse, Senkung der Lohnquote am Volkseinkommen) haben meine Aussage bestätigt.

Der Streik und die Aussperrung sind bei Licht besehen, Instrumente des kalten Bürgerkrieges, die weder ökonomische und soziale Probleme lösen, noch eine Gesellschaft befrieden können. Wir haben die seltsame Situation, wo sich Intellektuelle, Politiker und Juristen nicht eingestehen können, daß Streik und Aussperrung Vertragsbrüche sind, die meistens zu Lasten Dritter gehen und daß die Drohung damit Nötigung ist. Als die ersten Gewerkschaften gegründet wurden, waren sie etwas Revolutionäres. Heute sind Gewerkschaften eher etwas Reaktionäres. Jedenfalls behindern sie durch ihre konservative Haltung und ihren Organisationsselbsterhaltungstrieb eine Neubestimmung der Interessen aller arbeitenden Menschen (und jener, die arbeiten wollen, aber nicht dürfen oder können) und deren Durchsetzung. Zu den arbeitenden Menschen gehören auch die selbständigen und angestellten Unternehmer. Wer Antworten auf die sozialen Fragen unserer Zeit finden will, der muß erstmal untersuchen, ob die Rollen des Unternehmers und die des Kapitalisten identisch sind. Es war mal eine linke politische Position, die ihren Ausdruck in dem Satz fand: »Wissen ist Macht!« Heute ist es in allen Lagern politische Mode geworden, ideologische Fronten aufrecht zu erhalten, anstatt den Dingen auf den Grund zu gehen.

Mardorf

Tristan Abromeit

NEUSTÄDTER ZEITUNG / 15. Januar 1986 / Nr. 636 / Leserbriefe / Abschriften

Streik ist nicht Krieg

Gedanken zum Leserbrief des Herrn Tristan Abromeit, in der Ausgabe Nr. 635, der Neustädter Zeitung vom 8. Januar

Die Einleitung mit dem Pro und Contra zum Arbeitsförderungsgesetz ist ge-

nau wie der übrige Wortlauf des Briefes etwas dünn geraten. Niemand bezweifelt Einsatz und Ausdauer auch einzelner Personen im Streit um soziale Gerechtigkeit, aber ein Einzelner ist eben in solch einem Streit, eher als eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten, sprich Parteien oder Gewerkschaften, unterlegen. Die SPD ist es übrigens gewohnt, daß man mit unsachlichen Argumenten auf sie einschlägt, auch unsere Gewerkschaften haben seit Ihrer Gründung schon ganz anderen Angriffen stand gehalten. Es mag sein, daß es eine Flucht aus der SPD gegeben hat, heute hat sich die SPD stabilisiert, wachsende Mitgliederzahlen belegen dies. Wenn die jetzige Bundesregierung den Abbau von Sozialleistung so wie bisher weiter betreibt, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht verstärkt und dazu noch an den Grundrechten der Arbeiter und Angestellten rüttelt, so ist mir um die Stärke der SPD bei den nächsten Wahlen nicht bange. Gerade die SPD und die Gewerkschaften haben für die Entwicklung der unteren Schichten in Deutschland sehr viel getan, so daß gerade sie heute in der Lage sind, selbstbewußt die Vertretung Ihrer Interesssen wahrzunehmen. Mit revolutionärem Kampf der Gründerzeit ist die Durchsetzung der Politik für die heutigen Arbeitnehmer nicht denkbar. Das Streikrecht gehört zu den selbstverständlichen Grundrechten der Arbeiter und Angestellten. Daß Unternehmen nicht auch hart arbeiten, hat wohl niemand ernsthaft bezweifelt und ich kenne Unternehmer, die sich in der SPD zu Hause fühlen, da ja gerade die Mitgliedschaft in der SPD weitgefächert ist.

Durch den Einsatz der Gewerkschaften und der SPD ist die Sicherung des Wohlstandes für eine breite Bevölkerungsschicht ermöglicht worden. Ohne Arbeitskämpfe ließe sich das nicht verwirklichen und Streiks sind äußerst begrenzt eingesetzt worden. Streik ist nicht Krieg sondern legitimes Recht.

Für mich ist vollkommen klar, daß die weitere Verbesserung der Lage des arbeitenden, des arbeitslosen und anderer sozial benachteiligter Menschen sich nur mit Hilfe der SPD und der Gewerkschaften erreichen läßt, wobei es für mich unerheblich ist, ob es sich bei den Mitgliedern in der SPD um Arbeiter, Angestellte, Techniker, Soldaten, Ingenieure, Lehrer, Wissenschaftler

und sozial eingestellte Unternehmer, wie etwa Philip Rosenthal, handelt.

Jeder, der mit der SPD Grundsatzdiskussionen führen möchte, kann das eigentlich bei entsprechenden öffentlichen Veranstaltungen der Partei wahrnehmen.

Eilvese

Alois Bahne

Wissen ist Macht

Erwiderung auf den Leserbrief von Tristan Abromeit in der Ausgabe vom 8. Januar

Tristan Abromeit hat einen sehr ausführlichen Brief zur Änderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes geschrieben, der jedoch einiger Ergänzungen bedarf. Die Redaktion hat ihm doch nicht etwa einige wesentliche Teile seines Schreiben herausgestrichen?

Es wird zwar aus seinem Leserbrief deutlich; daß er die SPD nicht mag, weil sie schon seit über 100 Jahren gegen den Kapitalismus kämpft, ihn jedoch immer noch nicht abgeschafft hat. Es wird auch deutlich, daß er die Gewerkschaften nicht mag, weil sie den Arbeitnehmern Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen und deren Absicherung durch Tarifverträge als Erfolge verkaufen. Ja, es wird sogar überdeutlich, daß er diesen ewigen Kampf der Arbeitnehmer für ihre Rechte und ihren Anteil am Bruttosozialprodukt leid ist und deshalb das gesetzlich abgesicherte Recht auf Streik abschaffen möchte. Er möchte es sogar als Vertragsbruch und Nötigung bestrafen wissen.

Tristan Abromeit will offensichtlich eine andere Republik.

Doch hier fehlen leider die Ausführungen, wie diese Republik aussehen soll. Es findet sich nur der Hinweis, daß er sich für die Unternehmer stark ma-

chen möchte.

Ach ja, und noch eines hat er doch ganz und gar vergessen zu erwähnen, nämlich, daß er aktives Mitglied der »Grünen« ist. (Kandidat der letzten Kommunalwahl).

Tristan Abromeit bringt als Abschluß seines Briefes das Zitat: »Wissen ist Macht«. Ich denke zu wissen, wo Tristan Abromeits politische Heimat ist, kann bei der nächsten Wahl nur nützlich sein

Mardorf

Wilfried Müller

Mitglied der SPD und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

NEUSTÄDTER ZEITUNG / 22. Januar 1986 / Nr. 637 / Leserbriefe / Abschrift

Richtung stößt nicht auf Resonanz

Erwiderung zu den Leserbriefen >Wissen ist Macht<, und >Streik ist nicht Krieg< vom 15. Januar

Wir wollen weder auf Tristan Abromeits Brief noch auf die Anwürfe Alois Bahnes / Wilfried Müllers eingehen. Das kann Tristan Abromeit selbst erledigen.

Tristan Abromeit vertritt innerhalb der Grünen eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Richtung, die weder bei den Grünen insgesamt noch und im besonderen beim Ortsverband Neustadt auf Resonanz stößt.

Der süffisante Unterton in den letzten Absätzen des SPD-lers und GEW-Mitglieds Müller ist also völlig unangebracht, weil Tristan Abromeit seine politische Heimat schon längst nicht mehr bei den Grünen sieht; so daß potentiellen SPD-Wählern der Hinweis auf den 1981 >aktiven Grünen< Abromeit

absolut nicht mehr Verständnis für die Lage der SPD heute bringt.

Zwischen den Zeilen ist diese allerdings bei Alois Bahne zu lesen: Die Stärke der SPD ist die Schwäche der anderen politischen Kräfte. Aber ob das als politische Handlungsmaxime ausreicht ... bleibt Geheimnis der SPD ...

Und noch etwas sollte sich Herr Müller notieren: Meinungen, auch kontroverse, werden bei den Grünen für jeden sicht- und hörbar diskutiert.

Das Instrument >Ausschlußverfahren wegen parteischädigenden Verhaltens< praktizieren die etablierten Parteien (SPD, CDU, F.D.P.).

Nun frage sich - wer will – wo denn wohl am ehesten demokratisch um Standpunkte gerungen wird?

Neustadt

Für den Vorstand des Ortsverbandes Die Grünen

Dieter Strege

NEUSTÄDTER ZEITUNG / 29. Januar 1986 / Nr. 638 / Leserbriefe / Abschriften

Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes

Der Ausgangspunkt dieser sich auswachsenden Diskussion ist und bleibt die Änderung des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes. Ich möchte die Diskussion wieder auf den Punkt zurückführen und wäre den politischen Nachbarn von der grünen Partei sehr dankbar, wenn auch sie sich dazu entschließen könnten.

Es geht mir nicht um taktische Wahlkampfspielchen, sondern darum, die geplante Aufhebung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit zu verhindern, damit die Gewerkschaften streikfähig bleiben, um auch in Zukunft

wirksame Tarif- und Beschäftigungspolitik für Arbeitnehmer leisten zu können. Vor einigen Tagen schlug Herr Dr. Kirchner, der Hauptgeschäftsführer der Metallarbeitgeber, zum Beispiel eine Einstiegslohngruppe unterhalb des Normallohnes vor, um so, wie er sagte, eine Einstellungsbarriere für längerfristige Arbeitslose zu beseitigen. Ein geänderter Streikparagraph macht die Durchsetzung solcher Vorstellungen leichter und führt nicht zum Abbau von Arbeitslosigkeit, sondern fördert den Prozeß der Entsolidarisierung und verhilft der Vorschlagsseite zu größeren Gewinnen. Gemeinsamkeiten zu unterstreichen und herauszuheben, ist mir in dieser Phase wichtiger, als vordergründiger Wahlkampf.

Neustadt

Alois Bahne

Nur ein Mensch •••

Zum Leserbrief von Tristan Abromeit In der Ausgabe 635 vom 8. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren, durch Zufall bekam ich Ihre Zeitung in Hannover, mit dem Artikel von Herrn Tristan Abromeit, als Anmerkungen zum Leserbrief von Herrn Alois Bahne zu lesen (Änderung AFG § 116). Bitte erlauben Sie mir eine kurze, wirklich kurze Stellungnahme.

Nur ein Mensch ohne Verstand, nur ein Mensch ohne Gefühl für die Interessen, Sorgen und Nöte der abhängig Beschäftigten, nur ein Mensch ohne Kenntnis des Grundgesetzes dieser Bundesrepublik Deutschland ist in der Lage, im Jahre 1986 solche Zeilen als Leserbrief zu verfassen.

Hannover

Klaus Soltmann

NEUSTÄDTER ZEITUNG / 5. Februar 1986 / Nr. 639 / Leserbriefe / Abschrift

Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes

Gegenstand meines Leserbriefes in der Ausgabe 635 der Neustädter Zeitung war eben nicht die geplante Änderung des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes sondern die indirekte Frage, ob die im Themenzusammenhang gezeigten Selbstdarstellungen der SPD und der Gewerkschaften bezüglich ihres Wirkens für soziale Gerechtigkeit stimmen und ob der Streik ein geeignetes Mittel zur Erlangung von Gerechtigkeit und Frieden unter den Bürgern ist. Ich bezweifle eben dieses; außerdem bezweifle ich, daß der Streik und die Aussperrung rechtlich unbedenklich sind.

Meine Entgegnungen auf die Antworten von Wilfried Müller und Alois Bahne (die leider mehr Verdächtigungen und Unterstellungen als Argumente enthalten) und die Erwiderung von Dieter Strege sprengen den Rahmen eines Leserbriefes. Da uns aber ein oberflächliches Geplänkel nicht weiterhilft, werde ich aus den erschienenen Leserbriefen und meinen Entgegnungen eine kleine Broschüre machen und über den örtlichen Buchhandel anbieten. Mir geht es dabei nicht um Wahlpropaganda für oder gegen irgendeine Partei.

Mardorf

Tristan Abromeit

Es folgt Teil I der angekündigten aber nicht realisierten Broschüre. TA im Nov. 2010

Leserdiskussion ⁴

(TA Februar 1986)

Thema: Fördern Gewerkschaften und die SPD die soziale Gerechtigkeit

Anlaß: Leserbrief „Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes“ von Alois

⁴ Abschrift vom Manuskript, November 2010. Der Beitrag war offensichtlich in 1986 auf mehrere Teile angelegt. Vermutlich haben mich andere Verpflichtungen davon abgehalten, den Text zu vollenden oder ich habe damals einfach resigniert oder keinen Sinn mehr im Projekt gesehen. TA

Bahne, Vorsitzender Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD-Neustadt in der Ausgabe Nr. 633 der Neustädter Zeitung und die Beilage „Auf ein Wort, liebe Mitbürger“ der IG Metall in der Ausgabe Nr. 634

Die Entgegnungen von Alois Bahne und Wilfried Müller, Mitglied der SPD und Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in der Ausgabe Nr. 636 auf den Leserbrief von Tristan Abromeit in der Ausgabe Nr. 635 und die Erwiderung von Dieter Strege (für den Vorstand des Ortsverbandes der GRÜNEN Neustadt) auf Bahne und Müller in der Ausgabe 637.

A) Einleitung:

Kritik ist nur dann berechtigt, wenn sie andere trifft. Sie ist grundsätzlich dann „unsachlich“ und unberechtigt, wenn sie eigene Organisation, die eigene Zielsetzung oder Zielerreichungsmaßnahme von anderen hinterfragt wird. Dieses ist eine allgemein menschliche Haltung. Sie ist aber dennoch verwunderlich von Mitgliedern einer Partei, deren bildungspolitisches Ziel die Kritikfähigkeit ist.

Thematisch wurde in den wenigen Leserbriefen so viel angesprochen, daß ein gründliches Eingehen auf die Gesprächspartner (nicht -gegner) ein ganzes Buch füllen würde. Die Form des Leserbriefes zwingt zu einer selektiven Beantwortung.

Eine Unsitte ist es, wenn Sachen zur Diskussion stehen, daß dann in Diskussionen in Vermutungen über Personen ausgewichen wird. Ich selber kann es durchaus ertragen, wenn Spekulatives über mich verbreitet wird. Wenn ich mich trotzdem mit einer „persönlichen Erklärung“ (Ein Begriff der Parteiengeschäftsordnung) in eigener Sache zu Wort melde, dann weil ich damit ebenfalls für die Öffentlichkeit Interessantes sagen kann.

Dem nachfolgenden heutigen Teil folgt ein weiterer Teil „Zur Sache“. Wer also noch als Leser in das Thema einsteigen will, möge den zweiten Teil abwarten. Ich selber habe danach vor, mich nur noch als Leser und nicht als Schreiber zu beteiligen.

B) Persönliche Erklärung

Wilfried Müller ist mein Nachbar und als solcher eine Bereicherung meines Wohnumfeldes. Bevor er zur SPD ging, hat er sich auch bei den GRÜNEN umgesehen. Wo er seinen Beitrag als Demokrat leistet, ist seine Sache. Meinen politischen Respekt hätte er auch, wenn er bei der NPD oder KPD gelandet wäre. Ich denke, daß er mehr leisten kann, als er mit seinem Leserbrief gezeigt hat.

Daß ich bereits für DIE GRÜNEN kandidiert habe, ist genauso wenig ein Geheimnis, wie meine frühere Kandidatur für die FDP. Ich habe nichts zu verstecken oder zu vertuschen. Daß ich meine Mitgliedschaft bei den GRÜNEN bei der Unterzeichnung nicht angegeben habe, ist korrekt, weil DIE GRÜNEN keine ausgeformte Meinung zum Themenkomplex haben. Auch bei den GRÜNEN (sogar in Arbeitsloseninitiativen) gibt es Mitglieder, die noch Hoffnung in die Gewerkschaften setzen. Den GRÜNEN wurde in Bezug auf die Programmarbeit sogar nachgesagt, daß sie sich mit einer Gewerkschaft verwechseln.

Ich wollte meinen Brief auch nicht mit der Ergänzung „Volkswirt“ unterzeichnen, da ich das als Autoritätshascherei empfunden hätte und weil die Berufung auf die heutige Wirtschaftswissenschaft eine unseriöse Sache ist, denn in allen wesentlichen Bereichen der Ökonomie gibt es nur noch strittige Aussagen.

Im übrigen habe ich die gleiche Hochschule wie Dieter Strege durchlaufen, nämlich die *Akademie für Wirtschaft und Politik* in Hamburg (vormals *Akademie für Gemeinwirtschaft*), die manchmal auch als *Kaderschmiede* der SPD und der Gewerkschaften bezeichnet wird. Dieter Strege und ich haben aber trotzdem ganz verschiedene theoretische Inhalte in den Köpfen.

Wir leben in einer Zeit der geistig-politischen Konfusion, eine Umbruchzeit. Es schafft keine Klarheit, die Dinge mit Parteibrillen auf der Nase zu beschreiben oder aus vermeintlicher Gruppensolidarität die gesellschaftlichen Widersprüche zu verniedlichen und die Gegensätze der Interessen zu verwi-

schen. Genauso wenig hilfreich ist es, Gegensätze zu konstruieren, wo keine sind. Das Ringen um versöhnende, aufbegehrende oder problemlösende Erkenntnisse in der Ökonomie hält an. Einen kleinen Eindruck vermittelt das Loccumer Protokoll Nr. 15/84 mit dem Titel „Die Zukunft der Ökonomie“. Immer mehr Ökonomen wird bewußt, daß es nicht ihre Aufgabe ist, die Rechtfertigungen für die Herrschaft einer Partei, Klasse oder einem anderen Teil der Gesellschaft zu liefern.

Ich mag die SPD nicht, meint Wilfried Müller. Ich mag die SPD genau so viel und so wenig wie die CDU und FDP. Ich habe ein distanzierendes Verhältnis zu den Parteien, die nicht nur aus meiner Sicht zunehmend ein Störfaktor unserer Demokratie werden. Aus „Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ (Art. 21 GG) wurde: „Die Parteien bestimmen den Volkswillen.“ Keine 5% der Wähler sind in Parteien organisiert. Von diesen Parteimitgliedern sind im Durchschnitt nicht mehr als 10% aktiv. Mithin treffen z.B. 0,5% der Wähler eine Vorauswahl der Kandidaten für die Parlamente. Unsere Parteien sind darüber hinaus Verschleißapparate für Idealismus und eine Brutstätte für die täglichen kleinen Lügen - die in der Summe Verlogenheit ausmachen. Jene Zeitgenossen, die trotzdem in einer Partei eine Ersatzreligion erleben, sind mir verdächtig. Den GRÜNEN fühle ich mich nur deshalb näher (näher im Sinne von verantwortlich), weil ich zusammen mit vielen anderen in ihrer Entstehungsgeschichte verwoben bin. Ansonsten halte ich es einfach für dumm, Menschen zu verteufeln oder zu verachten, nur weil sie einer anderen Partei angehören. Enge Freunde von mir waren oder sind Mitglieder der SPD.

„Tristan Abromeit will offensichtlich eine andere Republik“, schreibt Wilfried Müller. In der Tat, das will ich. Ich möchte, daß der Grundrechtskatalog gelebt wird und nicht nur Literatur bleibt. Ich will also eine bessere Republik. Verspricht die SPD und versprechen es die anderen Parteien nicht ständig, daß sie dieses wollen? Auf eine Kurzform gebracht und mit Abwandlung einer gängigen Parole ausgedrückt ist mein Ziel: Freiheit statt Ausbeutung von Mensch und Natur. Freiheit statt Institutionsabsolutismus. (Ein Begriff, den

Professor Erich Reigrotzki geprägt hat.)

Wer die frühen Schriften der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft – z.B. „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ – aus der Zeit nach dem Tausendjährigen Reich studieren würde, der käme zu den Quellen, aus denen ich schöpfe. Die Mitglieder der Jugendorganisationen von FDP und CDU könnten dieses aber nicht tun, ohne daß ihnen die Schamröte darüber in den Kopf stiege, wie ihre politischen Väter den Begriff *Soziale Marktwirtschaft* verbogen haben. So sehr, daß der ursprüngliche Inhalt im Alltag nicht mehr erkennbar ist.

„Tristan Abromeit vertritt innerhalb der Grünen eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Richtung, die weder bei den Grünen insgesamt noch im besonderen beim Ortsverband Neustadt auf Resonanz stößt“, schreibt Dieter Stege. Dazu ist zu sagen:

1. Von ihrem Selbstverständnis her, wollten die Grünen eigentlich einen Klangkörper (Partei), auf dem auch feine Seiten hörbar zum Schwingen gebracht werden können. Ich muß zugeben, die Wirklichkeit sieht anders aus.
2. Was an bekannten Problemlösungsansätzen vertreten wird und sich als untauglich erwiesen hat, braucht keine weiteren Befürworter.
3. Was bisher als Alternativökonomie formuliert wurde, enthält manchmal interessante Ansätze, ist aber insgesamt gesehen noch ungegohrenes Zeug.
4. Die Initiative zur Gründung der grünen Partei ging eben von Vertretern aus, die wie ich, die von Silvio Gesell begründete Freiwirtschaftsschule (nach dem Hauptwerk auch Natürliche Wirtschaftsordnung genannt) innerhalb und außerhalb der Partei vertreten.
5. Ob etwas sachlich richtig oder falsch ist, ist eine Frage der Qualität und nicht der Quantität.

6. Auf der Bundesversammlung in Offenburg (Dez. 85) wurde gesagt, daß auf 2000 aktive 35000 stumme Mitglieder kämen. Dieses Verhältnis von aktiven zu passiven Mitgliedern ist m.E. eine Umkehrung zu der Situation in der Gründerzeit. Viele Freunde mit liberaler Gesinnung, die einen leichteren Zugang zu unserem Problemlösungsansatz haben als marxistisch orientierte Freunde, sind ausgetreten oder haben sich zurück gezogen. Es gibt auch Mitglieder, die sich nicht offen zu unseren Inhalten bekennen mögen, weil sie die scharfe Zunge von Linken fürchten.

Und ich schätze, daß ein großer Teil des aktiven Minderheitenblockes von 2000 Mitgliedern sich vom Marxismus beflügelt sieht. Sie dominieren in der innerparteilichen Presse und in wichtigen Organen. Sie sind nun mal keine Freunde des geistigen Wettbewerbes und sehen es überhaupt nicht gern, wenn da Leute kommen und ihr Monopol auf Kapitalismusanalyse torpedieren. Wen wundert da noch, wenn gesagt wird, wir würden nur eine Randposition vertreten.

7. Vertrete ich nun ökonomische Ladhüter oder versponnene Ideen? Vieles, was für Gesell um die Jahrhundertwende Pinonierwissen war, ist heute Bestandteil anderer Schulen, ohne daß Ursprungsquellen genannt werden. Beispiel: Daß das Geld seinen Wert durch seine Tauschfunktion und nicht durch seinen Stoffwert hat; das seine Kaufkraftstabilität vom Verhältnis umlaufender Geldmenge zur Gütermenge abhängt, wird heute fast von keinem Fachmann mehr bestritten. Dieses einfache Wissen wird unter dem anspruchsvollen Namen *Quantitätstheorie des Geldes* in der Ökonomie abgehandelt. Milton Friedman hat für die Wiedereinführung dieses Wissens in die Wirtschaftswissenschaft vor wenigen Jahren den Nobelpreis erhalten. Die Leugnung dieser Zusammenhänge hat uns in diesem Jahrhundert schon mehrere Wirtschaftskatastrophen beschert. Für eine bessere Aufklärungsarbeit als sie Friedman gebracht hat (theoretisch exakter), haben Vertreter der Freiwirtschaftsschule in allen Jahrzehnten dieses Jahrhunderts geleistet. Ihr Lohn war meistens Spott und Hohn, besonders von der SPD. Heute noch ist die SPD hilflos, wenn ihr politischer Hauptkontrahent behauptet, die wieder-

gewonnene Preisstabilität sei ein Verdienst der CDU.

Prof. Dr. Leo Schürmann, Vizepräsident des Direktoriums der schweizerischen Notenbank, begründete in einer Fernsehsendung vom 16. März 1977 die Tätigkeit der schweizerischen Notenbank mit einem Zitat aus Gesells Natürlichen Wirtschaftsordnung. Als der Schweizer namens Welti ihn anschreibt und darauf hinweist, daß der zitierte Text doch schon von 1916 wäre, antwortete Schürmann: „Manchmal geht es halt lange, bis die Erkenntnis reift.“

8. Dieter Strege meint, daß ich meine politische Heimat nicht mehr bei den GRÜNEN sehen würde. Es stimmt, daß ich mich (wie viele andere Grüne und ehemalige Grüne auch) nicht mehr in der verlautbarten grünen Politik wiederfinde. Ich habe meinen Freunden im Ortsverband NRü auch schon angedeutet, daß ich vorhätte, aus den GRÜNEN auszutreten, weil der Frust nachhaltig größer ist als die „Lust“. Wenn ich trotzdem noch Mitglied bin, dann, weil es Freunde gibt, die glauben, es bestehe noch eine Chance, das Abrutschen der GRÜNEN zu einer Partei links von der SPD zu verhindern. Dabei richtet sich der Widerstand nicht gegen hehre sozialistische Ziele, sondern gegen sozialistische Problemlösungsansätze und gegen linke Politikmentalität. Von der Vielfalt in der Einheit und von der gewollten aktiven Toleranz aus der Gründungszeit der GRÜNEN sei noch nicht alles verloren. Jene Freunde, die so hoffen, will ich noch unterstützen. Für ein Amt oder Mandat hab ich z. Zt. keinerlei Neigungen, nicht einmal zum Stimmen sammeln. Und auf Wilfried Müllers Schlußsatz eingehend, würde ich sagen: Für den Wähler wäre es gut zu wissen, wie er durch seine Stimmabgabe vermeidet, daß nicht Schlafmützen, Jasager, Neinsager und Leute, die nicht ohne Parteikorsett politisch selbständig gehen können in die Parlamente einziehen. Auf kommunaler Ebene gibt es noch die Möglichkeit des Widerstandes durch die Bildung unabhängiger Wählerlisten oder -gemeinschaften.

Wenn Dieter Strege „Das Instrument ‚Ausschlußverfahren ...‘ bei den ‚etablierten Parteien‘ ...“ ins Gespräch führt, dann sehe ich überhaupt keinen

Zusammenhang mehr zu den von mir im Leserbrief vom 8. 1. 86 gemachten Äußerungen. Außerdem ist sein Hinweis peinlich, weil besonders „liebe“ Freunde erfolglos versucht haben, mich mit diesem Instrument aus der Partei hinauszuerwerfen. Zum willkommenen Anlaß nahmen sie „unfrisierte Gedanken“ von mir über die Entstehungsgeschichte der NSDAP. Obwohl der Vorgang durch die Presse ging, muß Freund Strege den Vorgang nicht kennen, weil er noch nicht so lange bei den Grünen ist.